

1/SN-384/ME

ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 5121480

Telefax: 513375872

An die
ParlamentsdirektionWien, am 27. April 1994
GrParlament
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 30	-GE/19. 94
Datum: 29. MRZ. 1994	
Verteilt 3. Mai 1994	

Bezug: Zl. 210.779/2-II/1-1994Betr.: Änderung des Hochleistungsstreckengesetzes*Dr. Kleinschneider*

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich, in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär: Der Präsident:

Robert Hink
wHR.Dr. Robert HinkRomeder e.h.
Franz RomederBeilagen

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15
Telefon: 5121480
Telefax: 513375872

An das
Bundesministerium für öffentl.
Wirtschaft und Verkehr

Wien, am 27. April 1994
Gr

Radetzkystraße 2
1031 Wien

Bezug: Zl. 210.779/2-II/1-1994

Betr.: Änderung des Hochleistungsstreckengesetzes

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich zu dem übermittelten Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Gesetzesentwurf sieht in seinem § 4 (3) vor, daß Gemeinden, deren örtlicher Wirkungsbereich vom geplanten Trassenverlauf berührt ist, (nur) dann zu hören sind, wenn keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Es wird u.E. davon auszugehen sein, daß ohnehin die meisten Eisenbahnvorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. dem do. Anhörungsverfahren unterliegen (s. Anhang 2 Z 3 des UVP-Gesetzes, BGBl 697/1993). Trotzdem sollte in Hinblick auf die Auswirkungen, die die Bestimmung eines Trassenverlaufes für die örtliche Gemeinschaft einer Gemeinde darstellen kann, auch im gegenständlichen Gesetzesentwurf zum Ausdruck kommen, daß die Gemeinden jedenfalls zu hören sind.

Nach § 4 (7) und (8) haben die betroffenen Gemeinden ihre Stellungnahme umgehend nach Ablauf der 6-wöchigen Auflagefrist zu übermitteln.

Wir finden eine 6-wöchige Frist zu kurz bemessen, um innerhalb der Gemeinde eine eingehende Information, öffentliche Erörterung und Meinungsbildung hinsichtlich des Projektes zu bewirken. Nach Ablauf der Auflagefrist sollten die Gemeinden zumindest noch weitere 4 Wochen zur Abgabe einer Stellungnahme zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

Der Präsident:


wHR.Dr. Robert Hink

Romeders e.h.

Franz Romeder